

Verausstattung "Auf den Punkt gebracht" 15.8.2018 Frauenforum DaD Fragen der Thementische

Anlage 2 zur Niederschrift
(GGSA 20.08.2018)

1. Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

1. Geburtshilfliche Versorgung durch Hebammen

- Ihnen ist der Hebammenmangel in und um Darmstadt herum sicherlich bekannt. Wie würden sie sich auf der landespolitischen Ebene einsetzen um eine wohnortnahe Grundversorgung mit Hebammenleistungen von jungen Müttern zu verbessern?
- Die Haftpflichtversicherung für geburtshilflich freiberufliche tätige Hebammen beträgt derzeit fast 9000 €. Derzeit werden Hebammen durch den Sicherstellungszuschlag unterstützt. Unklar ist, ob es nach 2020 noch den Sicherstellungszuschlag geben wird und wie sich die Haftpflicht weiter entwickeln wird. Das betrifft sowohl Hebammen in Belegkliniken als auch Geburtshaus- und Hausgeburtshebammen.

Was könnten Sie tun, damit die freiberufliche Hebammentätigkeit erhalten bleiben kann?

2. Verhütungsmittelfond

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle armen Menschen ein Recht auf kostenlose Empfängnisverhütungsmittel erhalten?
- (Was ist Ihr Beitrag, dass künftig arme Menschen wieder kostenlos Empfängnisverhütungsmittel erhalten?)

2. Zuwanderungspolitik – Integration/geflüchtete Frauen/Migrantinnen

- Seit Jahren fordert die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen **Standards zur Unterbringung von Asylsuchenden** in Erstaufnahme- und Gemeinschaftseinrichtungen. Was wissen Sie darüber? Welche Standards haben für Sie eine Bedeutung?

Wie sehen Sie die besonderen Bedarfe von Frauen und Frauen mit Kindern in HEAEs und Gemeinschaftsunterkünften gesichert? (Dies v.a. auf dem Hintergrund der Schließung des Standortes in Darmstadt mit seinem besonderen Schutzkonzept). Was halten Sie von dem Ansatz der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden?

Gibt es Richtlinien für die Qualifizierung der Betreuungspersonen in Gemeinschaftsunterkünften? (v.a. im Hinblick auf Traumatisierung und Grundkenntnisse im Sozial-, Asyl- und Aufenthaltsrecht etc.)

- Sehen Sie Spielräume für das Land Hessen Landkreis, Familiennachzug auch für subsidiär Geschützte zu unterstützen und damit die Härtefallregelung tatsächlich zu nutzen? Wie sieht es aus mit Bleibeperspektiven für Frauen, die sich bereits längere Zeit hier aufhalten und insb. auch für (alleinreisende) Frauen, die im Herkunftsland entwurzelt sind (Anwendbarkeit des § 25.5 AufenthG).
- Welche Landesprogramme des Sozial- und Wirtschaftsministeriums berücksichtigen insbesondere die Bedarfe von Frauen im Bereich Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung? (u.a. Kinderbetreuung bei Sprachkursen). In welchen Landesprogrammen können jetzt noch neue Projekte beantragt werden.

3. Arbeitswelt und Altersarmut – Eigenständige Existenzsicherung / Erwerbsarbeit

Für Pflege- und Erziehungsberufe besteht ein gravierender Fachkräftemangel. Besonders Berufsrückkehrerinnen weisen hohe Potenziale für diese Berufsfelder auf.

Als Zugangsvoraussetzung wird die mittlere Reife benötigt. Derzeit gibt es im Landkreis nur die Möglichkeit, am Abend einen Schulabschluss zu erwerben. Alleinerziehende, insbesondere Leistungsbezieherinnen, haben hier keine Möglichkeit, der Kostenübernahme für Schulgebühren und Kinderbetreuung. Ein bereits implementiertes Angebot an der Landrat-Gruber-Schule wurde nach 2 Durchgängen (trotz ausreichender Teilnehmerinnenzahlen) durch das Kultusministerium wieder eingestellt.

- Werden Sie ein Regelangebot Tagesklasse zum Erwerb des Hauptschulabschlusses und der mittleren Reife bspw. über die VHS / Landrat-Gruber-Schule im Landkreis implementieren, an dem auch Frauen im ALG-Bezug teilnehmen dürfen?
- Bestimmte Zielgruppen (arbeitsmarktferne Menschen, Migrantinnen, Berufsrückkehrerinnen...) benötigen vor oder auch nach erfolgter Qualifizierung Praxis. Hier fehlen Praxisprojekte / Brückenmaßnahmen und Anreize für Unternehmen und Kommunen, solche Plätze zur Verfügung zu stellen.
Was werden Sie tun, um solche Praxisprojekte und Anreize zu schaffen?
- Alleinerziehende haben immer noch ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Der Ausbau der Kinderbetreuung alleine wird dem Bedarf an erforderlichen Maßnahmen, die zum Abbau von Vermittlungshemmnissen beitragen nicht gerecht. Durch ein begrenztes Bundesprojekt (LenA) von 2011-2013 wurde im Landkreis erste strukturelle Verbesserungen erreicht. 2013-2015 wurde aus dem Arbeitsmarktbudget des Landes ein Unterstützungsprojekt für Eltern implementiert, das besonders von Alleinerziehenden mit guten Erfolgen genutzt wurde. Beide Projekte sind jedoch ausgelaufen! Werden Sie sich für die dauerhafte Förderung und Implementierung unterstützender Maßnahmen / Projekte für Alleinerziehende einsetzen? Was werden Sie konkret tun?

4. Gleichstellung – bundesweite Standards für kommunale Gleichstellungsarbeit, Frauenbüros und Frauenzentren

- Für wie wichtig halten Sie die Arbeit der Frauenbeauftragten in den Kommunen?
- Wie stehen Sie persönlich zur Notwendigkeit der Sicherstellung der Frauenbüros in den Kommunen? Wussten Sie, dass die Verpflichtung durch den §4a HGO in den wenigsten Kommunen umgesetzt ist?
- Wir brauchen als Frauenbeauftragte ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen?
Wie können Sie sich im Landtag dafür einsetzen?

5. Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

- In dem von Deutschland ratifizierten `Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen` wird eine Aufstockung der Plätze in Frauenhäusern gefordert (In Hessen von 314 auf 621 Zimmer).
Werden Sie sich für eine schnelle Umsetzung dieser Forderung einsetzen?
Wie werden Sie das tun?
- Nach Vorfällen häuslicher Gewalt werden betroffene Frauen vom Rechts- und Hilfesystem sehr stark in die Verantwortung genommen, um sich und ihre Kinder zu schützen. Von den Tätern wird nur im Rahmen eines Strafverfahrens eine Auseinandersetzung mit der Verantwortung als Täter gefordert (z.B. Auflage eine Täterberatung in Anspruch zu nehmen).
Wir sehen hier ein starkes Ungleichgewicht zwischen weiblichen Opfern und männlichen Tätern, was die eingeforderte Übernahme von Verantwortung zum Tatgeschehen betrifft.
Welche Möglichkeiten einer Veränderung sehen Sie hier?
- Ziel der sog. Istanbul-Konvention ist es auch, einen Beitrag zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu leisten.
Wir sehen einen dringenden Bedarf dieses Thema in den Lehrplan an Schulen aufzunehmen mit dem Ziel ein Unrechtsbewusstsein zum Thema häusliche Gewalt herzustellen, Informationen zum Hilfesystem an die Hand zu geben und eine Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit den Ursachen häuslicher Gewalt (Diskriminierung von Frauen, Rollenbilder, Sexismus u.a.) zu geben.
Wie ist Ihre Haltung dazu?

6. Wohnpolitik – bezahlbarer Wohnraum

- Wie wollen Sie Wohnungslosigkeit verhindern?
- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Sozialen Wohnraum zu schaffen?
- Wie werden Sie Soziale Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Klient*innen Zugang zu adäquatem Wohnraum zu ermöglichen?